



# vlbs aktuell

Nummer 03  
Jahrgang 48  
März 2026

Organ des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) im dbb

## Demonstrationszug mit Kundgebung des deutschen beamtenbundes (dbb) am 04. Februar 2026 in Mainz (A. Cartarius)



Gemeinsam demonstrierten Vertreterinnen und Vertreter des vlbs mit weiteren Fachverbänden und Gewerkschaften des dbb am 04.02.2026 in Mainz für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz

**Nachdem die beiden vorausgegangenen Verhandlungsrunden ergebnislos endeten, fand ab dem 11.02.2026 die entscheidende dritte Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder statt.**

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind insgesamt etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Dabei sind ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen) direkt und ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen indirekt betroffen sowie ca. 1,0 Millionen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Um den Druck auf die Arbeitgeber deutlich zu erhöhen, zogen am 04.02.2026 über 2500

Kolleginnen und Kollegen aus den Fachgewerkschaften des dbb rheinland-pfalz durch die Innenstadt von Mainz, um sich für ihre Forderung nach 7 %, mindestens 300 Euro mehr im Monat einzusetzen.

Schon gegen 09:00 Uhr trafen sich die ersten Kolleginnen und Kollegen des vlbs auf dem Frauenlobplatz in der Mainzer Neustadt. Am Ende waren es dann mehr als 25 Kolleginnen und Kollegen, die sich am Stand des vlbs trafen und mit Demo-Utensilien, wie Kappen, Fahnen und Trillerpfeifen versorgt wurden.

Alle Demonstranten wurden im Auftrag des dbb vor Ort mit Getränken und Imbiss durch das Deutsche Rote Kreuz versorgt. Der Demonstrationszug startete dann gegen 11:30 Uhr vom Frauenlobplatz aus

durch die Mainzer Innenstadt. Nach etwa 2,7 km kamen alle zur Kundgebung auf dem Ernst-Ludwig-Platz im Regierungsviertel an.

Während der Demo forderte der vlbs neben einer Einkommenserhöhung von 7 %, mindestens aber 300 Euro mehr, eine stärkere Anerkennung der Lehrkräfte und eine Verbesserung der

### In dieser Ausgabe:

**Titelseite und Seite 10** • Demonstrationszug mit Kundgebung des deutschen beamtenbundes (dbb) am 04. Februar 2026 in Mainz

**Seite 10** • Tarifergebnis für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder

**Seite 11 und Seite 12** • Politischer Neujahrsempfang des Bezirksverbandes Vorderpfalz

Rahmenbedingungen für den Unterricht. Mit dem Slogan „GUTER LOHN FÜR GUTE BILDUNG – GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL“ machte der vlbs auf den BBS-Lehrkräftemangel und die direkte Konkurrenz zur Wirtschaft aufmerksam.

Zu Beginn der Kundgebung begrüßte die Landesvorsitzende des dbb rhein-

land-pfalz alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und dankte ihnen für ihr Engagement und ihre Beteiligung am Demo-Marsch durch Mainz.

Nach Ansicht des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und dbb Fachvorstand für Tarifpolitik, Andreas Hemsing, sei das, was die Länderarbeitgeber bei

den Verhandlungen in Potsdam böten, keine Wertschätzung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, es sei eine Unverschämtheit. Wie wollen die Länder auf dem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt bestehen, wenn sie bei der Bezahlung jetzt sogar signifikant hinter Bund und Kommunen zurückfallen, so Hemsing.

## Tarifergebnis für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder

(A. Cartarius)



### Die Kernpunkte im Überblick:

- **01. April 2026:** +2,8 % (mindestens 100 Euro)
- **01. März 2027:** +2,0 %
- **01. Januar 2028:** +1,0 %

Das neue Tarifabkommen bringt für beschäftigte Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen eine moderate Entgeltsteigerung von 5,8 %.

Der Tarifvertrag für Landesangestellte läuft über 27 Monate und endet am 31. Januar 2028.

**Mit dem Abschluss der Tarifverhandlungen in Potsdam haben sich der deutsche beamtenbund und tarifunion (dbb), die vereinigten Dienstleistungsgewerkschaften (ver.di), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) auf einen tragfähigen Kompromiss verständigt.**

„Natürlich ist das ein Kompromiss und nicht alle unsere Forderungen konnten wir umsetzen“, erklärte Geyer als verantwortlicher Verhandlungsführer des dbb und dbb-Chef. „Die Ergebnisse bedeuten aber konkrete und nachhaltige Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen – und das in einer extrem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation. Dass die Einkom-

men spürbar steigen, ist enorm wichtig für die Menschen, die dieses Land 24/7 am Laufen halten.“

Die Kernpunkte der Einigung belaufen sich grundsätzlich auf eine dreistufige Erhöhung der Entgelte. Zum 1. April 2026 werden die Entgelte um 2,8 %, aber mindestens um 100 Euro angehoben, zum 1. März 2027 erfolgt eine Anhebung um weitere 2,0 % und der letzte Erhöhungsschritt von 1,0 % folgt am 1. Januar 2028. Zudem wurden für die Nachwuchskräfte eine Reihe von Verbesserungen vereinbart. So erhöhen sich die Ausbildungsentgelte insgesamt um 150 Euro.

Als besonders positiv bleibt aus Sicht der vlbs zu erwähnen, dass sowohl die Höhe als auch die Dauer des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder den

Abschlüssen der Kommunen und des Bundes entspricht.

Als Wehmutstropfen muss jedoch auch konstatiert werden, dass das eigentliche Ziel mit einer deutlichen Erhöhung des Tarifniveaus bei einer Verkürzung der Laufzeit leider nicht erreicht werden konnte.

Besonders schmerzlich ist zu verzeichnen, dass weder in der stufengleichen Höhergruppierung noch in der Paralleltabelle für Lehrkräfte innerhalb der Verhandlungen Ergebnisse erzielt werden konnten. Im Zuge der Landtagswahlen bleibt nun zu hoffen, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehene zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für Beamtinnen und Beamte umgesetzt wird.

# Bildungspolitischer Neujahrsempfang des vlbs Bezirksverbandes Vorderpfalz (M. Penner)



Der Landesvorsitzende Harry Wunschel im Gespräch mit den bildungspolitischen Spitzen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP während des Gesprächs in Ludwigshafen.

**Am Montag, den 26. Januar 2026 fand in der Berufsbildenden Schule Ludwigshafen Naturwissenschaft eine Podiumsdiskussion mit den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Florian Maier (SPD), Marion Schneid (CDU), Andrea Franz (Bündnis 90/Die Grünen) und Stefan Thoma (FDP) statt.**

Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte der Schulleiter der BBS Technik 1, Herr Mirko Taus, im Namen aller drei Schulleiter des Georg-Kerschensteiner-Berufsbildungszentrums Ludwigshafen die anwesenden Kolleginnen und Kollegen sowie die Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik.

Harry Wunschel stieg als Moderator mit der Frage ein, wie es mit der BBS nach der Landtagswahl weitergehe. Er verwies auf die letzte Podiumsdiskussion, die vor fünf Jahren, ebenfalls vor der damaligen Landtagswahl stattfand.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde begann die Podiumsdiskussion mit dem Thema BVJ, BVJ-S. Harry Wunschel machte auf die Probleme aufmerksam, die Schülerinnen und Schüler haben, wenn sie aus dem BVJ-S in eine Berufsausbildung einsteigen, denn dort gibt es sehr oft weiterhin Sprachprobleme. Mit den zwei Stunden Sprachförderunterricht könnten diese Probleme nicht wirkungsvoll behoben werden, so der vlbs-Landesvorsitzende. Ein großes Problem sei auch die Klassenmesszahl, die beim BVJ bei 16

und beim BVJ-S bei 20 Lernenden liegt. Nach dem Stichtag, an dem die Klassenmesszahl abgegeben werden muss, würden die Schülerzahlen fast immer deutlich ansteigen.

Für Florian Maier von der SPD waren die vorgebrachten Hinweise sehr wertvoll. Hinsichtlich der BVJ- und BVJ-S-Klassen betonte er, dass immer grundlegend mitbedacht werden müsse, ob und wie gut die Integration funktioniere, wenn Schülerinnen und Schüler getrennt unterrichtet werden. Kleinere Klassen seien immer sinnvoll und könnten entlasten; sie stellten jedoch keine alleinige Lösung der strukturellen Probleme dar.

Andrea Franz von Bündnis 90/Die Grünen sieht ein Problem in den kaum vorhandenen räumlichen Ressourcen. Aus ihrer Sicht könne ein Pool an Sprachförderlehrkräften, die bei Bedarf eingesetzt werden könnten, ebenso ein Lösungsansatz sein wie die Etablierung von multiprofessionellen Teams.

Marion Schneid von der CDU ist ebenfalls für multiprofessionelle Teams. Auch sieht sie Probleme bei der Integration der Schülerschaft aus dem BVJ-S. Hier könne eine Möglichkeit sein, zuerst Intensivsprachklassen zu bilden, um dann in einem weiteren Schritt die Schülerinnen und Schüler auf andere Klassen zu verteilen. Sie sieht aber auch die Herausforderungen für die Lehrkräfte durch die starke Heterogenität und die Größe der Klassen.

Stefan Thoma von der FDP ist der Auffassung, dass die Integration schnell vorankommen müsse, dazu seien zwei Stunden Sprachförderung zu wenig. Auch solle der Personalschlüssel erhöht werden. Dabei sollten die Schulen bestimmen können, wo das Mehr an Personal eingesetzt wird. Grundsätzlich ist er für mehr Flexibilität an Schulen. Im Idealfall, so Stefan Thoma, solle es so sein, dass die allgemeinbildenden Schulen die Schülerinnen und Schüler soweit fördern, dass das BVJ-S überflüssig werde.

Im Bereich Digitalisierung, so Harry Wunschel, habe sich schon einiges getan. Die Infrastruktur allerdings sei teilweise noch sehr problematisch. Ist diese vorhanden, so fehle es oft an entsprechender Ausstattung und an der Betreuung der Ausstattung.

Der Schulcampus, der eine in das Bildungsportal integrierte Toolsammlung ist, bedeute für die berufsbildenden Schulen im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen durch die hohe Schülerfluktuation einen dreimal so hohen Aufwand, aber es gäbe nur die gleiche Entlastung. Ein weiteres Problem für die berufsbildenden Schulen sei die überbordende Statistik, die sehr viel Zeit in Anspruch nehme, so Harry Wunschel.

Marion Schneid sieht es als Pflichtprogramm an, den Glasfaserausbau voranzutreiben, um die Infrastruktur zu verbessern. Auch fordere sie IT-Experten für die Schulen, die die Infrastruktur betreuen, denn die Lehrkräfte seien mit der Professionalisierung der Digitalisierung schon genug belastet. Es solle ein Budget für die Schulen vorhanden sein, das diese dann entsprechend ihren Bedürfnissen einsetzen könnten, so die CDU-Politikerin.

Aus Sicht von Stefan Thoma sei der Schulcampus nicht sehr benutzerfreundlich. Es müssten Programme gekauft werden, die benutzerfreundlicher seien, so könnten auch Ressourcen gespart werden. Auch solle die Schulbuchausleihe abgeschrieben und im Bereich Digitalisierung Endgeräte auf der Basis von Lizenzkäufen

angeschafft werden, um immer aktuell zu sein. Der Glasfaserausbau, so der Vertreter der FDP, laufe, allerdings gäbe es oft Probleme, geeignete Unternehmen zu finden, die den Ausbau vornehmen.

Für Andrea Franz, die selbst als Schulleiterin tätig ist, war edoo.sys lange Zeit ein „Foltermodell“, auch wenn sich das System inzwischen verbessert habe. Aus ihrer praktischen Erfahrung heraus spricht sie sich für eine Poollösung in der Systembetreuung aus, auf die Schulen bei Bedarf flexibel zurückgreifen können. Im Zuge der Digitalisierung sieht sie zudem Herausforderungen im Umgang der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Medien, insbesondere im Hinblick auf möglichen Missbrauch. Abschließend betont sie, dass ihr der Schutz der Jugendlichen besonders am Herzen liegt – vor allem mit Blick auf die mentale Gesundheit.

Florian Maier von der SPD ist der Meinung, Lehrkräfte könnten bei der Digitalisierung ein Vorbild für Schülerinnen und Schüler sein.

Mirko Taus merkte als Schulleiter an, dass die Methode des eigenverantwortlichen Arbeitens (EVA) und das Konzept des selbstorganisierten Lernens (SOL) gut klinge, aber die Lernenden müssten auch entsprechend motiviert werden. Leider würden die Schülerinnen und Schüler oft die Endgeräte auch für andere Aktivitäten nutzen. Aus diesem Grund bräuchten die Schulen Regeln für einen vernünftigen Umgang, der rechtliche Rahmen müsse gegeben und passend sein.

Florian Maier zeigte Verständnis für diese Sicht: Allerdings gehe es darum, bildungspolitisch einen schwierigen Spagat hinzubekommen: Denn auf der einen Seite wollten viele Schulen Regeln, auf der anderen Seite selbstbestimmt sein.

Was die Regeln angehe, so Stefan Thoma, sei die Hausordnung der einzelnen Schulen sehr wichtig. Wenn diese klar für digitale Endgeräte definiert und von allen unterschrieben sei, hätten alle Kenntnis von den Regeln.

Im weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion schnitt Harry Wunschel das Thema Beamtenstatus und Altersteilzeit ebenso an, wie die Höhergruppierung für den gehobenen Dienst, wenn Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A 13 kommen.

Für Stefan Thoma steht die Abschaffung der Verbeamtung von Lehrkräften nicht zur Diskussion und er spricht sich deutlich für die Verbeamtung aus. Für ihn sei die Attraktivität des Lehrerberufes wichtig. Darum sollten Lehrkräfte nach Leistung bezahlt werden. Diejenigen, die besondere Leistungen zeigen, so Herr Thoma, sollten auch die Möglichkeit bekommen, aufsteigen zu können. Dadurch könne auch die Attraktivität des Lehrerberufes gesteigert werden. Andererseits sei für viele Lehrkräfte das Arbeitspensum so groß geworden, dass sie in Teilzeit arbeiten. Darum müssten die Lehrkräfte entlastet werden, indem bestimmte Aufgaben ausgelagert werden:

Da das zu erwartende Lebensalter ansteige, so Thoma, werde darüber nachgedacht, die Pensionsaltersgrenze anzupassen. Das Altersteilzeitmodell solle, in welcher Form auch immer, beibehalten werden, damit Lehrkräfte aus den vielfältigsten Gründen flexibel früher aus dem Dienst ausscheiden können. Auch Andrea Franz ist dafür, das Teilzeit- und auch das Altersteilzeitmodell zu erhalten. Was das Pensionseintrittsalter angehe, so könnten keine Versprechen gemacht werden. Auch sei sie für die Besoldungsgruppe A 13 als Einstieg für alle Lehrkräfte.

Weiterhin müsse stärker sichtbar gemacht werden, was die BBS alles kann und macht.

Florian Maier setzt sich dafür ein, Teilzeit- und Altersteilzeitmodelle fortzuführen. Dies wolle er in der neuen Legislatur erreichen, auch wenn es haushaltspolitische Zwänge gebe. Er macht deutlich, dass es schwierig sei, Lehrkräfte früher in den Ruhestand zu versetzen als Beschäftigte in anderen Berufsgruppen.

Für Marion Schneid bleibt die Teilzeit weiterhin wichtig. Die Flexibilität zwischen Teilzeit und vollem Deputat müsse erhalten bleiben, ebenso wie die Verbeamtung. Die Besoldungsgruppe A 13 werde kommen, die Voraussetzungen im Rahmen des Studiums müssten aber angepasst werden. Weiterhin ist Frau Schneid für die Wiedereinführung der Regelbeförderung. Auch sei sie für ein Altersteilzeitmodell. Beim Pensionseintrittsalter wies sie darauf hin, dass diesbezüglich keine Änderungen in der neuen Legislatur von Seiten der CDU geplant sind.

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich Harry Wunschel bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Podiumsdiskussion für die interessanten Beiträge und lud alle Anwesenden ein, bei einem Fingerfood-Buffer und Getränken Zeit für den persönlichen Austausch zu finden.



Harry Wunschel begrüßt die Anwesenden der Podiumsdiskussion.

## vlbs-aktuell

**Herausgeber** • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, [www.vlbs.org](http://www.vlbs.org)

**Vorsitzender** • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, [Harry.Wunschel@vlbs.org](mailto:Harry.Wunschel@vlbs.org).

**Schriftleitung und Layout** • Andreas Cartarius, Biewerer Straße 98a, 54293 Trier, Telefon 01758253378, [Andreas.Cartarius@vlbs.org](mailto:Andreas.Cartarius@vlbs.org)

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Einsender von Berichten, Briefen u.Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

vlbs-aktuell erscheint grundsätzlich einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.